FAKTEN & FORDERUNGEN

Die Rohstoffwende ist der wirksamste Weg aus der Abhängigkeit: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik.

Immer mehr Rohstoffe abzubauen, löst die Herausforderungen der Zukunft nicht. Im Gegenteil: Es verschärft Ressourcenverschwendung, globale Ungerechtigkeiten sowie Umwelt- und Menschenrechtskonflikte, ohne die Abhängigkeiten von anderen Ländern zu verringern. Mit dem Gesetz zu kritischen Rohstoffen (*Critical Raw Materials Act*, CRMA) setzt die EU jedoch weiterhin vor allem auf mehr Rohstoffabbau. Gleichzeitig geraten wichtige Schutzstandards unter Druck, etwa durch die Abschwächung der EU-Lieferkettenrichtlinie (*Corporate Sustainability Due Diligence Directive*, CSDDD) und von Umweltprüfungen sowie beschleunigte Genehmigungsverfahren.

Für eine Rohstoffwende braucht es nun: weniger Primärrohstoffverbrauch, eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft sowie starke Umwelt- und Menschenrechtsstandards. Nur so gelingt eine Rohstoffpolitik, die Versorgungssicherheit, Umwelt- und Menschenrechtsschutz sowie globale Gerechtigkeit verbindet.

1 Lieferkettengesetze stärken Menschenrechte

FAKT: Betroffene weltweit nutzen das Lieferkettengesetz, um ihre Rechte einzufordern, und viele Unternehmen setzen sich erstmals systematisch mit menschenrechtlichen und ökologischen Risiken in ihren Lieferketten auseinander. Auch glaubwürdige freiwillige Standards wie die *Initiative for Responsible Mining Assurance* (IRMA) gewinnen an Bedeutung: Rund 80 Prozent der in Deutschland zugelassenen Pkw stammen inzwischen von IRMA-Mitgliedsunternehmen. Aber auch IRMA betont, dass freiwillige Regeln nur den gesetzlichen Rahmen ergänzen sollten.

FORDERUNG: Verbindliche gesetzliche Vorgaben bleiben unerlässlich. Das Schutzniveau des deutschen Lieferkettengesetzes erhalten, es wirksam durchsetzen sowie bestehende Schwächen des Gesetzes bei der Umsetzung der CSDDD in deutsches Recht beheben, insbesondere durch eine gut ausgestaltete Haftungsregelung und eine unabhängige Durchsetzungsbehörde.

2 Umwelt und Wasser wirksam schützen

FAKT: Nur rund neun Prozent der deutschen Flüsse, Seen und Küstengewässer befinden sich in einem guten ökologischen Zustand. Die große Mehrheit verfehlt die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie. Rohstoffabbau erhöht den Druck auf Gewässer, Biodiversität und Ökosysteme zusätzlich.

FORDERUNG: Die Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen, Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen ohne Abstriche sichern und besonders sensible Ökosysteme vor Rohstoffabbau schützen.

3 Wer betroffen ist, muss mitentscheiden

FAKT: Mehr als die Hälfte der Rohstoffvorkommen für Zukunftstechnologien liegt in oder nahe indigener Territorien. Dennoch wird das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) bei Bergbauprojekten häufig missachtet.

FORDERUNG: Den Zugang zu Informationen, wirksame Beteiligung und wirksame Beschwerde- und Abhilfeverfahren für betroffene Bevölkerungsgruppen sicherstellen. Die Rechte indigener Völker, insbesondere FPIC, verbindlich umsetzen.

4 Weniger Rohstoffverbrauch schafft Versorgungssicherheit

FAKT: Noch immer werden rund 90 Prozent der weltweit eingesetzten Rohstoffe nur einmal genutzt. Eine konsequente Kreislaufwirtschaft könnte den Bedarf an neuer Primärförderung bis 2050 je nach Rohstoff um bis zu 40 Prozent senken. Zugleich könnte sie bis 2030 rund 700.000 Arbeitsplätze in der EU schaffen und in Deutschland bis 2045 eine zusätzliche Wertschöpfung von bis zu 880 Milliarden Euro ermöglichen.

FORDERUNG: Langlebige Produkte, Wiederverwendung, Reparatur und hochwertiges Recycling gezielt fördern. Durch die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie den Primärrohstoffverbrauch in Deutschland bis 2045 auf 7–8 Tonnen pro Kopf und Jahr senken. Mit einem ambitionierten *Circular Economy Act* der EU verbindliche Ziele zur Senkung des Primärrohstoffverbrauchs und zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft festlegen, ohne bestehende zirkuläre Wertschöpfungsketten im Globalen Süden zu schwächen.

5 Öffentliche Gelder zukunftsfähig investieren

FAKT: Bei mindestens vier der dreizehn seit 2009 von der Bundesregierung vergebenen Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) liegen öffentlich dokumentierte Hinweise oder Beschwerden zu Umwelt- und/oder Menschenrechtsproblemen vor. Dennoch fließen weiterhin öffentliche Mittel in strittige Projekte.

FORDERUNG: Öffentliche Finanzierungsinstrumente im Rohstoffsektor, wie Außenwirtschaftsförderung und Rohstofffonds, an verbindliche Umwelt-, Menschenrechts- und Transparenzstandards koppeln. Umwelt- und Sozialprüfungen sowie Finanzierungsstrukturen der Projekte vor einer Förderentscheidung öffentlich machen. Öffentliche Mittel im Rohstoffsektor vorrangig in die Kreislaufwirtschaft investieren.

Eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik im Sinne der Rohstoffwende bedeutet:

1. Weniger Ressourcenverbrauch und eine konsequente Kreislaufwirtschaft statt immer mehr Rohstoffabbau
2. Starke und verlässliche Umwelt- und Menschenrechtsstandards statt ihrer Aufweichung
3. Demokratische Beteiligung statt Beschleunigung um jeden Preis
4. Globale Gerechtigkeit und Verantwortung statt Abwälzung von Umwelt- und Sozialfolgen auf andere Länder und Gemeinschaften

---

Dieses Papier wird vom zivilgesellschaftlichen Bündnis AK Rohstoffe getragen, das aus über 30 Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen besteht und sich seit 2013 für eine sozial-ökologische und global gerechte Rohstoffpolitik, insbesondere im Bereich Metalle, einsetzt.

attac · BEI Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein · bremen.global Netzwerk für weltweite Gerechtigkeit · Brot für die Welt · BUNDjugend Young Friends of the Earth · BUND

cir romero initiative Stimme für Gerechtigkeit · CorA Corporate Accountability Netzwerk für Unternehmensverantwortung · DNR Deutscher Naturschutzring · Deutsche Umwelthilfe · Difäm Gesundheit in der Einen Welt · ELM Hermannsburg Partner in Mission

Fair Lötet · fdcl Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. · FIAN · Forum Umwelt und Entwicklung · GERMANWATCH · GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

informationsstelle perú e.V. · INKOTA · Kampagne Bergbau Peru Reichtum geht, Armut bleibt · Dachverband Kritische Aktionäre · misereor Gemeinsam global gerecht · NABU

Nord Süd Forum München e.V. · Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung · Ozeanien Dialog · pax christi Kommission Solidarität mit Zentralafrika · philippinenbüro e.V. im Asienhaus · Power Shift

PSM Partner Südmexikos e.V. · Stiftung Asienhaus · WEED World Economy · Ecology · Development Weltwirtschaft · Ökologie · Entwicklung · WÖK KASA Werkstatt Ökonomie · WWF

Stand: September 2026

AK Rohstoffe Koordinierungsbüro
c/o PowerShift e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Hannah Pilgrim
hannah.pilgrim@power-shift.de

ak-rohstoffe.de